

CVP strebt einen Wähleranteil von 17 Prozent an

Die CVP hat am Samstag an ihrer Delegiertenversammlung in Freiburg zwei Wochen vor den nationalen Wahlen noch einmal kräftig die Werbetrommel gerührt. Nie zuvor in der Geschichte der CVP habe die Partei solche Anstrengungen unternommen und so viele Mittel in eine Kampagne gesteckt, sagte Parteipräsident Christophe Darbellay vor rund 300 Delegierten in der Festhalle St-Léonard. Die CVP könne in den vier Kantonen Jura, Obwalden, Basel-Stadt und St. Gallen je einen Nationalratsstz hinzugewinnen und im Ständerat die Mehrheit verteidigen. Sein Ziel sei es, den Wähleranteil von 14,5 Prozent auf 17 Prozent zu steigern. Wer von «Wischiwaschi» spreche, wenn die CVP Kompromisse suche und Lösungen finde, habe nichts verstanden und mache die Schweiz kaputt.

Der Freiburger Ständerat und Fraktionspräsident Urs Schwaller bezeichnete die CVP als die entscheidende Kraft in Bern. Zwischen 2008 und 2011 habe die Partei 81 Prozent der Abstimmungsvorlagen gewonnen. CVP-Bundesrätin Doris Leuthard schliesslich forderte, die CVP müsse in der zurzeit wegen der Finanz- und Schuldenkrise geführten Wertediskussion eine Leaderrolle übernehmen. Sie erntete für ihre Rede stehenden Applaus. (sda)



Kompromissbereit: Die Nationalräte Christian Levrat (sp.) und Christian Wasserfallen (fdp.). (Bern, 8. April 2009)

Zwei Dutzend Parlamentarier gelten als Brückenbauer

Neue Auswertung zeigt Mehrheitsbeschaffer im Nationalrat

Welche Nationalräte sorgen bei wichtigen Vorlagen mit ihrer Stimme für den Durchbruch? Eine Studie kommt zu einem überraschenden Schluss.

Michael Furger

Zwei Erwartungen stellen die Wählerinnen und Wähler an ihre Nationalrätinnen und Nationalräte: Sie sollen ihre Wahlversprechen einhalten, also im Rat in der Regel auf der Linie ihrer Partei abstimmen. Sie sollen aber auch bei drängenden Problemen Hand für einen parteiübergreifenden Kompromiss bieten, statt auf ihrer Position zu beharren und damit das Scheitern einer Lösung in Kauf zu nehmen.

Geht das zusammen? Es geht, sagt Daniel Schwarz vom Berner Politikforschungsnetz Politools. Allerdings schaffen das nur wenige Parlamentarier. Für Schwarz sind es die sogenannten «Brückenbauer». Politools hat im Auftrag der «NZZ am Sonntag» 4195 Abstimmungen der laufenden Legislatur im Nationalrat neu ausgewertet und kommt zum Schluss: Es sitzen 27 Brückenbauer im Parlament, die Hälfte davon aus SP und FDP (siehe Tabelle).

Linientreue Parlamentarier

Das Ergebnis überrascht, weil es sich zum grossen Teil nicht um jene Parlamentarier handelt, die eine gewisse Nähe zu einem anderen politischen La-

ger pflegen, im Gegenteil: Die Sozialdemokratin Susanne Leutenegger Oberholzer (BL) etwa steht nicht im Verdacht, eine gemässigte Linke zu sein. Auch SP-Präsident Christian Levrat (FR) gilt nicht als Nationalrat, der sich bei jeder Gelegenheit mit den Mittelparteien zusammenschliesst. Dasselbe Muster auf der bürgerlichen Seite: FDP-Nationalratsmitglieder wie Marianne Kleiner oder Christian Wasserfallen stehen in der Mitte ihrer Fraktion, nicht am linken oder rechten Rand.

«Wir wollten nicht jene Parlamentarier erfassen, die ohnehin abseits der Parteilinie agieren, sondern jene, die nur bei wichtigen Geschäften über ihren Schatten springen», sagt Daniel Schwarz. Dafür hat Politools die Abstimmungen in zwei Gruppen eingeteilt: Eine Gruppe umfasst die Vorstösse, deren Annahme in der Regel keine direkten Folgen hat und die meistens ideologisch geprägt sind. Parlamentarier, die überdurchschnittlich oft Vorstösse aus einem anderen Lager unterstützen, sind für Schwarz keine Vertreter der Kernanliegen ihrer Partei.

Anders verhält es sich mit den Abstimmungen über Bundesratsvorlagen und parlamentarische Initiativen. Hier handelt es sich meistens um gewichtige Sachgeschäfte wie Gesetzesänderungen oder Staatsverträge. Dass sie verabschiedet werden, ist zentral. Dafür müssen aber mindestens zwei der drei politischen Blöcke (Linke, Mitte und SVP) zustimmen. Wer hier blo-

ckiert, ist zwar allenfalls seiner Partei treu, nimmt aber ein Scheitern wichtiger Vorlagen in Kauf. Dazwischen stehen der Brückenbauer, sagt Schwarz. «Er kooperiert bei Vorstössen seltener als seine Parteikollegen mit einem anderen politischen Lager, bei Bundesratsvorlagen hingegen häufiger.»

Wenig Kooperation bei SVP

Am konsequentesten verfolgen diese Strategie die CVP-Nationalrätin Esther Egger-Wyss (AG), ihr Parteikollege Paul-André Roux (VS) sowie die SP-Nationalrätinnen Maria Roth-Bernasconi (GE) und Susanne Leutenegger Oberholzer (BL). Bei ihnen ist die Kompromissbereitschaft bei Bundesratsgeschäften und gleichzeitig die Linientreue bei parteifremden Vorstössen am grössten. Brücken müssen ohnehin am häufigsten zwischen dem linken Lager und der CVP sowie der BDP gebaut werden. Das zeigen die Durchschnittswerte der Parteien. SP und Grüne kooperieren nur bei einem Drittel der Vorstösse mit der BDP und der CVP, sind aber in der Hälfte der Abstimmung über Bundesratsvorlagen gleicher Meinung.

Anders sieht es auf der rechten Seite aus. Die SVP geht bei harmlosen Vorstössen überdurchschnittlich oft eine Allianz mit dem Mitte-Lager ein (in rund 60 Prozent der Fälle). Sobald es aber um Bundesratsgeschäfte und parlamentarische Initiativen geht, fährt sie häufiger ihren eigenen Kurs.

Kompromissbereit

Die Brückenbauer im Nationalrat 07-11

	Partei	interne Rang
CVP-Brückenbauer nach links (SP, GP)		
Esther Egger-Wyss	AG	1
Paul-André Roux	VS	2
Elvira Bader ¹	SO	3
Ida Glanzmann-Hunkeler	LU	4
CVP-Brückenbauer nach rechts (SVP)		
Thérèse Meyer-Kaelin ¹	FR	5

FDP-Brückenbauer nach links (SP, GP)		
Christian Wasserfallen	BE	1
Marianne Kleiner ¹	AR	2
Walter Müller	SG	3
FDP-Brückenbauer nach rechts (SVP)		
Isabelle Moret	VD	4
Fabio Abate	TI	5
Christa Markwalder	BE	5
Otto Ineichen	LU	7

SP-Brückenbauer zur Mitte (CVP, FDP, BDP)		
Susanne Leutenegger Oberholzer	BL	1
Maria Roth-Bernasconi	GE	1
Andrea Hämmerle ¹	GR	3
Didier Berberat ²	NE	4
Christian Levrat	FR	5
Bea Heim	SO	6
Jean-Claude Rennwald	JU	7

GP-Brückenbauer zur Mitte (CVP, FDP, BDP)		
Marlies Bänziger	ZH	1
Bastien Girod	ZH	1
Francine John-Calame	NE	3

SVP-Brückenbauer zur Mitte (CVP, FDP, BDP)		
Hansjörg Walter	TG	1
Jean-Pierre Graber	BE	2
Rudolf Joder	BE	3
Felix Müri	LU	4
Max Binder	ZH	5

¹ Treten nicht wieder zur Wahl an

² Hat im Laufe der Legislatur in den Ständerat gewechselt

Die Tabelle ist abschliessend. Wer ein Brückenbauer ist, bemisst sich an seinem Stimmverhalten im Verhältnis zum durchschnittlichen Stimmverhalten seiner Partei. Eine Gesamttrangkliste ist daher nicht möglich.

Quelle: Politools

So wurde untersucht

«Brückenbauer sind Parlamentsmitglieder, die ideologisch keine Affinität zu einem anderen politischen Lager haben, aber bei wichtigen Gesetzesvorlagen um eine blockübergreifende Kooperation bemüht sind.» So lautet die Definition der Forscher von «Politools» für die vorliegende Studie.

Untersucht wurden zuerst die Abstimmungen über Motionen und Postulate. Sie sind häufig ideologisch geprägt und haben in der Regel keine direkten Folgen für die Allgemeinheit. Politiker, die im Vergleich zu ihren Parteikollegen öfter Vorstössen aus einem anderen politischen Lager zustimmen, fielen aus dem Rennen. Sie weisen eine klare Affinität zu einem anderen Lager auf. Danach wurden die Abstimmungen bei Bundesratsgeschäften und parlamentarischen Initiativen ausgewertet. Das sind gewichtigere Geschäfte wie Gesetzesänderungen oder Staatsverträge, z. B. die Stabilisierung der Finanzmärkte oder der Staatsvertrag mit den USA. Wer hier als parteitruer Parlamentarier öfter als seine Parteikollegen Hand bot zu einer Mehrheit, ist für die Politools-Forscher ein Brückenbauer. (fur.)

E-Mail der Woche

Von: schweiz.sonntag@nzz.ch
 Gesendet: Mi, 5. Oktober 2011, 15.40
 An: info@vogelwarte.ch
 Betreff: Zwitscher

Liebe Vogelwarte
 Mit Freude haben wir festgestellt, dass Du seit dieser Woche im Internet-Dienst Twitter präsent bist: Die Vogelwarte zwitschert! Aber worauf dürfen wir uns genau freuen: auf das Geplauder des Teichrohrsängers, das Gekrächze der Nebelkrähe oder auf jubelnde Lerchen?
 Mit Pfiff, Deine NZZ am Sonntag

Von: info@vogelwarte.ch
 Gesendet: Do, 6. Oktober 2011, 08.54
 An: schweiz.sonntag@nzz.ch
 Betreff: AW: Zwitscher

Liebe NZZ am Sonntag
 Du darfst Dich auf Lerchengesang freuen, der uns dann wenigstens auf Twitter erhalten bleibt. Draussen in der Natur haben Lerchen leider nichts mehr zu jubelnden. Dort wo die Wiesen zu häufig gemäht werden, pfeifen die Vögel bald aus dem letzten Loch. Wir engagieren uns daher für mehr Vogelgezwitscher, je vielstimmiger, desto besser.
 Beflügelt, Deine Vogelwarte

Deutsche Piraten in Schweizer Lehre

Deutschland müsse demokratischer werden, fordert die Piratenpartei. Nachhilfe sucht die neue politische Kraft in der Schweiz.

Katharina Bracher

Da waren die deutschen Politologen baff. Gleich 8,9 Prozent der Stimmen holte die Piratenpartei bei der Berliner Abgeordnetenhauswahl von Mitte September. Gepunktet im Wahlkampf hat die Partei der digitalen Revolution weniger mit Internet-Themen – wie der Entkriminalisierung von Tauschbörsen oder der Abschaffung des Urheberrechts – als mit dem Versprechen, sich für mehr Volksrechte einzusetzen.

Die Einlösung dieses Wahlversprechens soll nun rasch erfolgen. Zu diesem Zweck holen sich die Berliner Piraten Nachhilfe zum Thema direkte Demokratie. Genauer: von der Schwei-

Denis Simonet

Der Präsident der Schweizer Piratenpartei soll die deutschen Kollegen über Volksrechte aufklären.



zer Piratenpartei. Im Januar soll zu diesem Zweck eine dreiköpfige Delegation nach Berlin reisen. «Für uns war es naheliegend, unsere Schweizer Parteifreunde zu Rate zu ziehen», sagt Angelika Brinkmann von den Berliner Piraten. «Wir erhoffen uns wichtige Anregungen zur Umsetzung unserer Wahlvorhaben.» In Deutschland existierten zwar bereits direktdemokratische Instrumente, etwa in Form des Bürgerbegehrens. «Oft ist die Bevölkerung aber zu wenig informiert, um von ihren Rechten Gebrauch zu machen», sagt Brinkmann. Die Piratenpartei

pocht auf mehr Transparenz im politischen Prozess – etwa bei der Umsetzung von Bauvorhaben. Das fange bei kleinen Infrastrukturprojekten in der Nachbarschaft an und höre bei grossen Verkehrsprojekten wie Stuttgart 21 auf. «In der Schweiz gibt es zu diesem Zweck unter anderem Vernehmlassungsverfahren. Diese Art von Mitsprache würden wir uns für Deutschland auch wünschen.»

Die Schweizer Delegation setzt sich aus Denis Simonet, Präsident der Schweizer Piratenpartei, und zwei Vorstandsmitgliedern zusammen. Doch wie können sie den Berliner Kollegen Ratschläge geben, wo sie doch selbst erst einen gewählten Volksvertreter auf kommunaler Ebene haben? Simonet gibt sich zuversichtlich. Ganz so unerfahren seien sie nicht: «Wir haben schon ein paar Vernehmlassungen beantwortet und vor kurzem mithilfe von SVP-Nationalrat Lukas Reimann unsere erste Motion eingereicht.»

ANZEIGE

WELCHEM PRIVATBANKIER VERTRAUEN SIE IHRE ZUKUNFT AN?

Lombard Odier:
 200 Jahre Erfahrung

Anlageberatung – Individuelle Vermögensverwaltung –
 Finanzplanung – Rechts- und Steuerberatung –
 Vorsorge und Freizeitgigkeit – Hypothekarberatung –
 Erbschaftslösungen

www.lombardodier.com Utoquai 31, 8008 Zürich
 Genf Freiburg Lausanne T 044 214 14 40
 Lugano Vevey Zürich zurich@lombardodier.ch

LOMBARD ODIER
 LOMBARD ODIER DARIER HENTSCH
 PRIVATBANKIER SEIT 1796